

Reinhardt Balzk, Eberhard König

Die Bundestagswahlen, in den Ländern und für das ganze Land, sind angelaufen – lassen wir uns nicht „vergiften“

Es ist an der Zeit, die seit 2005 währende Herrschaft der Merkel-CDU zu beenden. Zu den drastischsten Tatsachen dieser drei Wahlperioden gehört, dass die Reichen immer reicher, die unteren Schichten immer ärmer wurden. Das Recht auf Arbeit, von Graf Lambsdorff einst als „Recht auf Sonnenschein an hohen Feiertagen“ verunglimpft und gleichzeitig für die kapitalistische Gesellschaft zutreffend definiert, wurde – zum Beispiel mit Teilzeitarbeit und Leiharbeit – auf Kosten der menschlichen Würde, der freien Berufswahl und des Zusammenhalts der Arbeiter untereinander zunehmend ausgehöhlt. Selbst bei Vollbeschäftigung reicht das Arbeitseinkommen vielfach nicht aus, um frei von sozialer Angst leben zu können. Das Gesundheitswesen wird immer stärker kommerzialisiert. Wohnungen werden für breite Bevölkerungsschichten nicht mehr bezahlbar, und Bildung wird fast ausschließlich von der sozialen Herkunft bestimmt. Außenpolitisch trägt die Bundesrepublik als führendes Mitglied der NATO zur Erhöhung der Spannungen in Europa und im Nahen und Mittleren Osten bei, besonders im Ukraine-Konflikt, mit der Haltung zum Syrienkrieg, zur Türkei und zu Saudi-Arabien sowie durch direkte Beteiligung an immer gefährlicheren militärischen Manövern. Wir erleben, was wir nie wieder wollten: die akute Gefahr eines Krieges, der immer bedrohlicher näher rückt.

Nur eine Verständigung von sozialdemokratischen Kräften mit Linken und Grünen bietet unter bestimmten Voraussetzungen die Chance für einen Politikwechsel. Wie in der Stadt Dresden in dieser politischen Konstellation durchaus erfolgreich kooperiert wird, könnte zum Beispiel werden. Diese „Gefahr“ sieht das „Establishment“ und nutzt alle Möglichkeiten, eine solche Verständigung zu torpedieren. Dazu werden alle Mittel und Methoden der geistigen Manipulation ins Feld geführt. Das reicht von der Diskreditierung der marxistischen Weltanschauung über die Beschmutzung von Personen, die sich dem Mainstream widersetzen, bis zu unverfrorenen Lügen, die der Normalbürger nicht bewerten kann, die aber „Gift“ für eine solche Verständigung sind. **Und um Gift geht es!**

Die Sächsische Zeitung vom 11./12.3.2016 titelt: „**War es Mord?**“ Und Untertitel: „Der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs und der Kommunist Kurt Fischer waren erbitterte Gegner“. Der Autor dieses Pamphlets Lars Kühl beruft sich auf eine Lügenstory, die nicht von ungefähr gestreut wurde, aber inzwischen widerlegt ist. 1997/1999 war diese Arbeit von Richter/Schmeitzner vom Hannah-Arendt-Institut als eine Recherche der Sächsischen Staatskanzlei erschienen, von der sie auch bezahlt wurde. (Ministerpräsident war damals Kurt Biedenkopf!) In der 318-seitigen Schrift „Einer von beiden muss so bald als möglich entfernt werden“ wurde der Frage nachgegangen, ob Rudolf Friedrichs einem Giftmordanschlag Kurt Fischers zum Opfer gefallen sei, von dem Otto Buchwitz gewusst haben soll. Dies wurde geschrieben, nachdem Pathologen, Kriminalisten und Staatsanwalt bestätigt hatten, dass es den Giftmord nicht gegeben hat. Trotz der gründlichen und im Deutschlandarchiv festgehaltenen Recherche von Professor Schneider, die die „Giftmordstory“ widerlegte, wurde

das Buch darüber von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung jahrelang verbreitet, übrigens kostenlos. Dieselben Autoren Richter und Schmeitzner tischten sie 2002 im Buch „Die Partei der Diktaturdurchsetzung, KPD und SED in Sachsen 1945 – 1952“ in variierten Form erneut auf. Der Ausfall Friedrichs auf der Münchner Konferenz, seine Vertretung durch Fischer und sein plötzlicher Tod am 13. Juni 1947 würden Fragen aufwerfen, die bisher nicht restlos geklärt werden konnten. Die bereits von Zeitgenossen geäußerte Giftmordthese könne allerdings bislang nicht erhärtet werden. So kommen als Todesursache möglicherweise ein natürliches Ableben, aber auch eine gezielte Übermedikamentierung Friedrichs eher in Betracht als ein von Fischer verübter Giftmordanschlag.

Für einen der Wahrheit verpflichteten Historiker (selbst wenn er 89 Jahre alt ist) war es geboten, gegen die erneute Weiterverbreitung dieser Unwahrheiten und zum Verschweigen seiner Beweise an die Verfasser dieses Buches massiv Einspruch zu erheben. Darauf brachte die SZ am 15./16.4.2016 ein Interview mit Professor Dr. Schneider, in dem dieser seine Überzeugung zu dem Thema darlegen durfte und unmissverständlich dargelegt hat. Gleichzeitig aber wird, und das kann man wohl nur als infam bezeichnen, mit dem Titel „Historikerstreit um Giftmord-These“ und der Einleitung zu diesem Interview der Begriff „Giftmord“ wiederum kolportiert, und mit dem Begriff „Historikerstreit“ werden Professor Schneiders Aussagen nicht nur relativiert, sondern sogar, wenn auch indirekt, in Frage gestellt.

Die Fakten zur Erinnerung

Beide, Friedrichs und Fischer, mit deutlich unterschiedlichen politischen Biografien, waren 1945 in Dresden Aktivisten der ersten Stunde. Beide haben hohe Verdienste um die Inangsetzung und Neugestaltung des Lebens nach dem Krieg, um die Überwindung des Faschismus, und beide haben die Entwicklung zur SED 1946 mit getragen. Beide sind Ehrenbürger der Stadt Dresden. Bei aller unterschiedlichen Lebenserfahrung haben sie für ein gleichberechtigtes Miteinander gestritten und gemeinsame Lösungsansätze gefunden. Hermann Matern (KPD), der politisch führende Kopf der am 8. Mai 1945 in Dresden eingetroffenen „Gruppe Ackermann“, zu der auch Kurt Fischer gehörte, hatte die Verständigung mit den Kadern der SPD zur Priorität gemacht und dem sowjetischen Stadtkommandanten die Vorschläge für die neue Verwaltung in Dresden unterbreitet: Friedrichs (SPD) Oberbürgermeister, dann Regierungschef für das Land Sachsen. Fast alle Oberbürgermeister im Land Sachsen waren Mitglieder der SPD, die ihre Verwaltungserfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik für ihr Amt mitbrachten. Die Datei zur damaligen Zusammensetzung der städtischen Verwaltung in Dresden ergibt eine gleichberechtigte Vertretung der Parteien mit einem leichten Plus für die SPD und einer geringeren Beteiligung der bürgerlichen Parteien. Auf der anderen Seite gab es starke Kräfte, selbst in der SPD, die diese Entwicklung des Zusammengehens und der Akzeptanz des konsequenten Antifaschismus der sowjetischen Militäradministration nicht wollten, wie A. Haufe, A. Hennig, Trabalski, A. Wendt und andere. Friedrichs hatte die Unterstützung des sowjetischen Stadtkommandanten in allen Belangen, um wieder eine Normalisierung des Lebens in Dresden zu erreichen.

Wer war Rudolf Friedrichs (9. März 1892 – 13. Juni 1947)?

Rudolf Friedrichs hatte im Mai 1945 wie viele andere auch einen steinigen Weg hinter sich. Als Kaufmannssohn 1892 in Plauen geboren, hatte er dort die Volksschule und das Gymnasium besucht. Sein Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Leipzig war durch den Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg unterbrochen worden. In der Zeit der Weimarer Republik war er im Staatsdienst tätig, 1923 im Innenministerium, das der Sozialdemokrat Kurt Liebmann leitete. Die „Reichsexekution“ gegen Sachsen im Oktober 1923 war für Rudolf Friedrichs eine politische Erfahrung, die ihn für sein Leben geprägt hat. 1933 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen. Seinen Lebensunterhalt verdiente er zunächst als Lebensmittelhändler, dann als juristischer Berater in Betrieben. Gleichzeitig wirkte er unter seinen Genossen illegal gegen die Hitlerdiktatur.

Wer war Kurt Fischer (1. Juli 1900 – 22. Juni 1950)?

Für Kurt Fischer, Zögling eines Lehrerseminars, im Ersten Weltkrieg Leutnant, waren die Kriegserlebnisse das entscheidende Motiv, sich im Jahre 1919 der KPD anzuschließen. In seiner politischen Tätigkeit riskierte er Freiheit und Leben, denn wegen der Gefährdung der Sowjetunion durch den deutschen Imperialismus wurde er Angehöriger des Nachrichtendienstes der Komintern, die den weltweiten Zusammenschluss der kommunistischen und Arbeiterbewegung von 1919 bis 1943 versucht hat. Kurt Fischer war Berater der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete er im „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und bereitete sich und andere auf die schwierigen Aufgaben im besiegten/befreiten Nachkriegsdeutschland vor.

Wenn man diese verdienten „Aktivisten der ersten Stunde“ würdigt, darf man den Vorsitzenden der SPD in Sachsen, Otto Buchwitz (27.4.1879 – 9.7.1964) nicht unerwähnt lassen, der an der Vereinigung von SPD und KPD einen entscheidenden Anteil hatte. In der Weimarer Republik war er Mitglied des Preußischen Landtages und des Reichstages. 1933 musste er emigrieren. Vor der Befreiung Deutschlands von der Naziherrschaft hat er fünf Jahre im Zuchthaus verbracht. In der DDR war er u. a. Alterspräsident der Volkskammer und Mitglied des ZK der SED. Er erhielt hohe Auszeichnungen der DDR und 1959 den Lenin-Friedenspreis. Mit seiner Biografie „Brüder in eins nun die Hände“ hat er seine Lebensmaximen für nachfolgende Generationen beschrieben.

Zum Sachverhalt der Auseinandersetzung mit der SZ:

Nach zahlreichen Protesten gegen den Artikel von Lars Kühl „gestattete“ dieser unkritische Journalist seinem Widersacher Professor Dr. Schneider ein Interview zur Gegendarstellung. Die beruhte auf den Veröffentlichungen Schneiders in dieser Sache seit 1997. Professor Schneider berief sich auf die Befunde der Gerichtsmedizin und die Krankenakte von Friedrichs, die er eingehend studiert hatte, sowie auf die Konsultation des Staatsanwaltes Heinrich, die Befragung von nahestehenden, damals noch lebenden Zeitzeugen und auf

andere Zeitdokumente. Er erklärte und belegte, dass die Verfasser der Arbeit des HAIT bei Ablieferung ihres Pamphletes die Erkenntnisse von Professor Dr. Schneider zur Verfügung hatten. Da sie das wenigstens in einer Fußnote zur Kenntnis gaben, glaubten sie wissenschaftlich rehabilitiert zu sein. Aber mindestens die dem HAIT vorgelegten Aussagen eines bundesdeutschen Staatsanwaltes zu diesem Fall hätten in einer wissenschaftlichen Recherche Berücksichtigung finden müssen.

Nach der Gegendarstellung von Professor Schneider hätte sich ein rechtschaffener Journalist vor der Öffentlichkeit entschuldigen müssen, dass er überhaupt nicht recherchiert hat, sondern den politisch motivierten Mutmaßungen des HAIT aufgesessen ist. Aber weit gefehlt: anstelle dessen die Methoden, die den Journalismus unserer Tag so unglaublich machen.

1. Die bewusste oder unbewusste Verbreitung einer Lüge durch die SZ wird als Historikerstreit bagatellisiert. Wenn schon, dann ein Streit der Fakten gegen Auftragsschreiber. Die SZ sollte wissen, dass der Begriff „Historikerstreit“ durch gewichtigere Differenzen im Ringen um Geschichtsverständnis belegt ist (nachzulesen bei Wikipedia).

2. Bei der Charakterisierung des Erfinders der Behauptung und dem, der die Behauptung widerlegt, wendet auch die SZ die heute gängige Methode der vorgegebenen Verunglimpfung der „Andersdenkenden“ an. Auf der einen Seite steht der „DDR- und Kommunismusexperte Wolfgang Leonhard“, und sein Widersacher ist Horst Schneider, ein „Historiker marxistisch-leninistischer Prägung“. Der 89-jährige ehemalige SED-Funktionär saß nach der politischen Wende für die PDS im Stadtparlament.“ (Warum eigentlich nicht gleich: ein „eingefleischter Kommunist“ wie bei der Charakterisierung Fischers an anderer Stelle im Text?).

25 Jahre lang haben die heute wortführenden Ideologen die Begriffe Antifaschismus – Sozialismus – Kommunismus – Marxismus-Leninismus zum Sinnbild von Gräueln hochstilisiert, so dass jede Person, die mit diesen deligitimierenden Bezeichnungen in Verbindung gebracht werden kann, a priori zweifelhaft ist. Um den Leser unvoreingenommen zu einer Bewertung gelangen zu lassen, hätten Professor Schneiders Weg vom Neulehrer zum Lehrerbildner, zum Nestor der Geschichtsforschung in Sachsen, sein Beitrag als Alterspräsident im Stadtparlament bei der Neuformierung der Parlamentsarbeit 1990, seine hohe internationale Anerkennung als Vertreter der DDR in der Liga für Völkerfreundschaft oder sein streitbares Engagement im tatsächlichen Historikerstreit genannt werden können. Aber darin hätte wohl die Gefahr gelegen, dass zu viele Leser seine Argumentation durchdenken könnten.

Zu Leonhard hätte auch gehört: Er war in der SED zuständig für den Inhalt der Schulungsmaterialien, Dozent an der Parteihochschule, bis er ohne Not die SBZ verließ, über Jugoslawien nach den USA gelangte und dort eine Professur innehatte.

3. Die Bildunterschrift „Rudolf Friedrichs hatte großen Anteil an der unkomplizierten Aufbauarbeit in Dresden nach dem Zweiten Weltkrieg“ verrät, dass entweder nicht Korrektur gelesen wurde oder dass der Autor nichts weiß von der Geschichte unserer Stadt, deren Entrümmerung und Aufbau nach der völligen Zerstörung der Innenstadt und weiterer ganzer Stadtviertel alles andere als „unkompliziert“ gewesen ist.

Viele junge Linke denken sich vielleicht, was interessiert mich der „Schnee von gestern“. Ihnen würden wir in Abwandlung des Niemöller-Zitates sagen: „Als sie die Aktivisten der ersten Stunde verleumdete, habe ich geschwiegen, denn ich war ja keiner; als sie Professor Schneider verunglimpften, habe ich geschwiegen – ich wusste ja nicht viel über ihn. Als sie mich verleumdete und angriffen, war keiner mehr da, der das hätte verhindern können.“ Deshalb ist es jetzt an der Zeit, die alten und neuen Verleumdungen zu entlarven, um ohne Altlasten oder aktuelle Verklärungen die am dringendsten notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen auch von der Basis her in Angriff zu nehmen.